

Inhalt

Editorial229

Beiträge

John Raven: Demokratie, Verwaltung und psychologisches Handeln.
Warum Psychologie die Wirtschaftswissenschaften als
Schlüsseldisziplin der Politikentwicklung ablösen sollte233

Uwe Konerding et al.: Kompetenzzuschreibungen, Themen-
bewertungen und Wahlverhalten: Eine Weiterentwicklung
der Theorie des vernünftigen Handelns 253

Frank Posiadly: Imagewerbung für den Staat:
Hans Domizlaff (1892-1972) 275

Forum

Gerald Mackenthun: Alfred Adler zum 125. Geburtstag291

Werkstatt und Praxis

Wanda von Baeyer: Schweigen, Gesellschaftsverrat und die
Erfahrung von Unrecht. Eine Ergänzung zu 'Gewalt an den Schulen' 297

Hartwig Wennemar: Ein vielseitiges berufliches und
politisches Forum: Die Psychosozialen Arbeitsgemeinschaften 303

Mitteilungen und Ankündigungen

Neue Jugendstudien für Ostdeutschland • Nahost-Bild in Deutschland •
Kooperation im Klimaschutz • Heimat und interethnische Beziehungen •
Ausbildung Zivile Friedenssicherung • Studiengang Humanitäre Hilfe •
Pol. Aspekte Sozialer Arbeit • Ethik in Organisationen 307

Literaturdienst:

Elisabeth Bronfen: Nur über ihre Leiche (*L. Hermes*) • Ronald Hitzler,
Anne Honer & Christoph Maeder: Expertenwissen (*F. Posiadly*) •
Siegfried Jäger: Kritische Diskursanalyse (*J. Heinemann*) • Knud Larsen: Conflict
and Social Psychology (*G. N. Galanis*) • Eckard König & Gerda Volmer:
Systemische Organisationsberatung (*G.M. Hemmerde*) • u.v.a. 317

AutorInnen dieser Ausgabe316

Kompetenzzuschreibungen, Themenbewertungen und
Wahlverhalten: Eine Weiterentwicklung der Theorie
des vernünftigen Handelns

*Uwe Konerding, Maike Brüggmann, Matthias Brüggmann,
Thomas Klepper und Manfred Richter **

Zusammenfassung:

Ein Ansatz zur Vorhersage und Erklärung politischen Wahlverhaltens wird vorge-
stellt. Dieser Ansatz besteht im wesentlichen in einer Weiterentwicklung der Theorie
des vernünftigen Handelns von Fishbein und Ajzen (1975, Ajzen & Fishbein, 1980)
und kann gleichzeitig auch als eine Präzisierung des Ansatzes der Themenbewertun-
gen und Kompetenzzuschreibungen aufgefaßt werden. Auf der Grundlage dieses An-
satzes werden die Wahlabsichten von 70 nordrhein-westfälischen Schülern und Stu-
denten zur Bundestagswahl 1994 untersucht. Sieben konkurrierende Verhaltensmög-
lichkeiten, nämlich CDU, SPD, F.D.P., Bündnis'90/Grüne, PDS, REP und gar nicht
zu wählen, werden betrachtet. Stellungnahmen zu politischen Ereignissen, wie
beispielsweise die Bekämpfung des Rechtsradikalismus oder der Ausstieg aus der
Atomenergie, werden erhoben. Der wesentliche Teil der Modellannahmen des
Ansatzes kann empirisch bestätigt werden. Dies erlaubt eine systematische Analyse
der Ursachen der Wahlabsichten in den Begriffen des Ansatzes. Die Vorstellung, die
sich die Probanden bezogen auf diese Begriffe von den Parteien machen, wird
analysiert. Außerdem wird gezeigt, wie Ergebnisse aus Studien dieser Art zur
Planung der politischen Öffentlichkeitsarbeit der Parteien genutzt werden können.

I. Traditionelle Ansätze

Politiker in einem demokratischen System sind darauf angewiesen, den Wäh-
lern** die Vorzüge der eigenen Partei deutlich zu machen. Andernfalls wird
ihre Partei keine Wahl gewinnen. Als Planungsgrundlage für die notwendige
Überzeugungsarbeit werden dabei Konzeptionen benötigt, die Wahlverhalten
mit jenen Variablen in Zusammenhang bringen, auf die die Überzeugungsarbeit
abzielt. Welche Konzeptionen kommen hier in Frage? Ernsthafte Kandidaten
sind sicherlich die personenbezogenen, politisch-psychologischen Ansätze der
politischen Wahlforschung. Dort wird die individuelle Wahlentscheidung mit
Variablen, die Aspekte des politischen Denkens erfassen, in Verbindung ge-
bracht. Einen klassischen Ansatz dieser Art haben Campbell, Gurin und Miller
(1954) in einer Studie zur amerikanischen Präsidentenwahl von 1952 vorge-
stellt. Drei Arten von Prädiktoren für Wahlverhalten werden dort verwendet:

- Einstellungen zu den Parteien (party identification),
- Einstellungen zu den Kandidaten (candidate partisanship),
- Stellungnahmen zu den Wahlkampfthemen (issue partisanship).

In mehr oder minder abgewandelter Form findet man diese drei Prädiktortypen in den meisten politisch-psychologischen Wahlerklärungsmodellen wieder (zur party identification s. Converse, 1966; Falter, 1977; Kaase, 1976; Zohlnhöfer, 1968; vgl. Bürklin, 1988). Am interessantesten sind hier die verschiedenen Versuche, die Stellungnahmen zu Wahlkampfthemen zu erfassen. Sie resultieren in dem sogenannten Ansatz der Themenbewertungen und Kompetenzzuschreibungen (vgl. Küchler, 1990). Bei Untersuchungen im Rahmen dieses Ansatzes sollen die Befragten die Wichtigkeit verschiedener politischer Themen beurteilen und dann angeben, für wie kompetent sie die verschiedenen Politiker oder Parteien in diesen Themenbereichen halten.

Ergebnisse aus derartigen Untersuchungen können in verschiedener Hinsicht genutzt werden, um die Öffentlichkeitsarbeit der politischen Parteien zu planen. Kenntnisse darüber, wie die verschiedenen politischen Themen bewertet werden, liefern Hinweise darauf, in welchen Bereichen eine Partei politische Diskussionen anstrengen muß, um die von ihr gewünschten Wertprioritäten zu erreichen. Kenntnisse über die Kompetenzzuschreibungen liefern Hinweise darüber, in welchen Bereichen die Partei entweder die Qualität ihrer Politik oder die Qualität ihrer Selbstdarstellung verändern muß.

Der Ansatz hat aber auch Schwächen. Der Zusammenhang zwischen den Prädiktorvariablen und dem Wahlergebnis wird nämlich nur sehr vage spezifiziert. In den meisten Darstellungen des Ansatzes wird dazu explizit sogar gar nichts gesagt. Implizit dürfte gemeint sein, daß ein Wähler eine Partei um so mehr bevorzugt, je kompetenter ihm diese Partei bei den ihm wichtigen Themen erscheint. Solch eine vage Formulierung reicht allerdings nicht aus, um Wahlentscheidungen vorherzusagen. Lediglich dann, wenn eine Person einer einzigen Partei bei allen für sie wichtigen Themen die höchste Kompetenz zuschreibt, läßt sich mit Hilfe dieser Formulierung aus den Daten die Wahlentscheidung vorhersagen. Sobald das Muster der Themenbewertungen und Kompetenzzuschreibungen nicht ganz so eindeutig ist, geht dies aber nicht mehr. Damit fehlt auch ein Begründungsrahmen, mit dessen Hilfe sich abschätzen läßt, wie sich Veränderungen bei den Themenbewertungen und Kompetenzzuschreibungen auf das Wahlergebnis auswirken.

II. Die Theorie des vernünftigen Handelns: Kritische Bewertung und Modifikation

Einen Ausweg bietet hier möglicherweise ein Ansatz, der nicht speziell für die Wahlforschung, sondern im Rahmen der sozialpsychologischen Einstellungs-

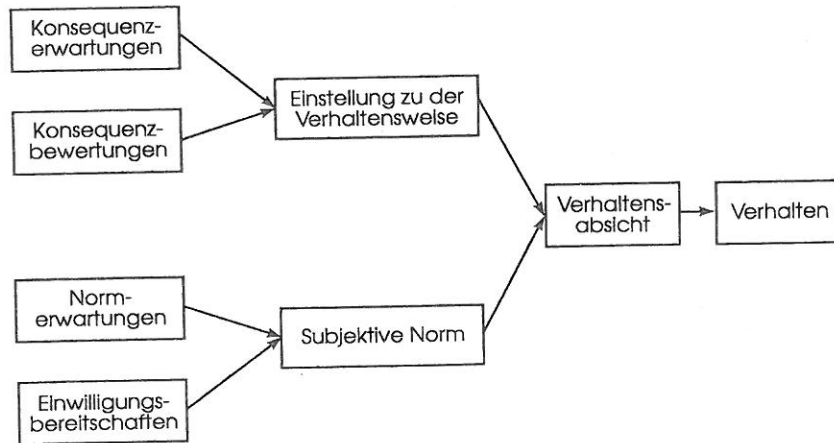
Verhaltens-Forschung entwickelt worden ist. Gemeint ist der Ansatz von Fishbein und Ajzen (Ajzen, 1985; Ajzen & Fishbein, 1980; Fishbein & Ajzen, 1975). Verschiedene Versionen dieses Ansatzes liegen vor. Die etwas ältere Version, die "theory of reasoned action" (Fishbein & Ajzen, 1975; Ajzen & Fishbein, 1980), bezieht sich dabei vor allem auf Verhalten, das unter willentlicher Kontrolle steht. Die aktuellste Version, die "theory of planned behavior" (Ajzen, 1985), ist dagegen auch für solche Fälle gedacht, in denen dies nicht vollständig der Fall ist. Da Wahlverhalten - zumindest in echten demokratischen Systemen - völlig unter willkürlicher Kontrolle steht, wird im folgenden die etwas ältere Variante, also die "theory of reasoned action", verwendet.

Die Variable, die dort das Verhalten direkt bestimmt, ist die Verhaltensabsicht. Hiermit meinen Fishbein und Ajzen die subjektive Wahrscheinlichkeit, mit der die handelnde Person glaubt, daß sie das Verhalten ausführen wird. Die Verhaltensabsicht wird in diesem Ansatz wiederum auf zwei weiter vorgelagerte Variablen zurückgeführt, nämlich auf die Einstellung zur Verhaltensweise und die Subjektive Norm. Unter der Einstellung verstehen Fishbein und Ajzen eine Art zusammenfassende Verhaltensbewertung, die sich aus dem wahrgenommenen Eigennutzen der handelnden Person ergibt, unter der Subjektiven Norm die Neigung der handelnden Person, die Verhaltensweise aufgrund der Wünsche anderer auszuführen.

Einstellung zur Verhaltensweise und Subjektive Norm werden in der Theorie jeweils wieder auf zwei Klassen von Variablen zurückgeführt. Bei der Einstellung sind dies die Konsequenzerwartungen und die Konsequenzbewertungen, bei der Subjektiven Norm die Normerwartungen und die Einwilligungsbereitschaften. Unter Konsequenzerwartungen verstehen Fishbein und Ajzen die subjektiven Wahrscheinlichkeiten, die die handelnde Person möglichen Konsequenzen des Verhaltens zuschreibt, und unter Konsequenzbewertungen die Bewertungen dieser Konsequenzen. Unter Normerwartungen verstehen sie die Verhaltenswünsche und Verhaltensforderungen, die die handelnde Person in ihrer sozialen Umwelt wahrnimmt, und unter Einwilligungsbereitschaften die Bereitschaften, sich nach diesen Wünschen und Forderungen zu richten (s. Abb. 1).

Fishbein und Ajzen präzisieren den Zusammenhang zwischen der Einstellung und der Subjektiven Norm auf der einen Seite und den vorgelagerten Variablen auf der anderen weiter. Bei der Einstellung gehen sie davon aus, daß die handelnde Person immer nur eine Auswahl aller möglichen Verhaltenskonsequenzen bei ihrer Entscheidungsfindung beachtet. Diese Konsequenzen bezeichnen Fishbein und Ajzen als *salient*. Die Einstellung hängt dann von der Summe der Produkte ab, die man für die einzelnen salienten Konsequenzen aus den dazugehörigen Erwartungen und Bewertungen bilden kann. Eine ähnliche Vorstellung entwickeln Fishbein und Ajzen auch für die Subjektive Norm. Sie gehen davon aus, daß die handelnde Person bei

Abb. 1: Die Theorie des vernünftigen Handelns von Fishbein und Ajzen



ihrer Entscheidungsfindung nur eine begrenzte Menge anderer Personen berücksichtigt - die salienten Bezugspersonen. Die Subjektive Norm hängt dann von der Summe der Produkte ab, die man für die einzelnen salienten Bezugspersonen aus den dazugehörigen Normerwartungen und Einwilligungsbereitschaften bilden kann. Sowohl die salienten Konsequenzen als auch die salienten Bezugspersonen sind individuenspezifisch. Sofern die Ähnlichkeiten zwischen den verschiedenen Personen groß genug sind, lassen sich aber auch gruppenspezifische saliente Konsequenzen und Bezugspersonen benennen.

Fishbein und Ajzen haben ihren Ansatz in sehr verschiedenen Verhaltensbereichen empirisch erfolgreich angewendet. So gibt es Untersuchungen zur Gewichtsabnahme (Sejwacz, Ajzen & Fishbein, 1980), zur Berufswahl (Sperber, Fishbein & Ajzen, 1980), zur Familienplanung (Fishbein, Jaccard, Davidson, Ajzen & Loken, 1980), zum Konsumverhalten (Fishbein & Ajzen, 1980) und - last but not least - zum politischen Wahlverhalten (Fishbein, Ajzen & Hinkle, 1980). Die letztgenannte Untersuchung bezieht sich auf die Wahl des amerikanischen Präsidenten im Jahr 1976, bei der Jimmy Carter, Gerald Ford, Eugene McCarthy und Lester Maddox kandidierten. In der Untersuchung wurde aber nur die Wahl zwischen den beiden aussichtsreichsten Kandidaten, Carter und Ford, betrachtet. Als Verhaltenskonsequenzen wurden zehn politische Ereignisse vorgegeben, wie die Verringerung der Arbeitslosigkeit oder eine Amnestie für Vietnam-Deserteure. Der Partner, die Eltern, die drei besten Freunde und die Arbeitskollegen bildeten die salienten Bezugspersonen.

Wenn man den Ansatz von Fishbein und Ajzen auf die Analyse politischen Wahlverhaltens anwendet, sind die Konsequenzbewertungen Einschät-

zungen von Wahrscheinlichkeiten dafür, daß bestimmte politische Ereignisse nach der Wahl eines bestimmten Politikers oder einer bestimmten Partei eintreten werden. Die Konsequenzbewertungen sind damit nichts anderes als Kompetenzzuschreibungen. Ebenso sind die Konsequenzbewertungen nichts anderes als Themenbewertungen. Der Ansatz von Fishbein und Ajzen hat damit große Ähnlichkeiten mit dem Ansatz der Kompetenzzuschreibungen und Themenbewertungen und weist auch dieselben Vorzüge auf. Variablen, die hier als Ursachen für das Wahlverhalten betrachtet werden, sind gleichzeitig die Variablen, auf die die Öffentlichkeitsarbeit der Parteien abzielt. Es gibt aber noch einen weiteren Vorzug. Die Beziehung zwischen den am weitesten vorgelagerten Ursachen und dem Wahlverhalten wird im Ansatz von Fishbein und Ajzen vollständig formal dargestellt. Damit kann man für alle möglichen Datensätze Wahlentscheidungen vorhersagen und außerdem abschätzen, wie sich Änderungen der Ursachenvariablen auf das Wahlergebnis auswirken werden.

Die Formalisierungen, die Fishbein und Ajzen bisher vorgeschlagen haben, weisen aber noch zwei Mängel auf, die einer fruchtbaren Anwendung in der Wahlforschung abträglich sind. Zum einen gibt es keine Formalisierung, die die Wahl zwischen mehr als zwei Wahlmöglichkeiten thematisiert; zum anderen sind die Produktsummenmodelle, mit denen Fishbein und Ajzen Einstellung und Subjektive Norm vorhersagen, dann nicht empirisch bedeutsam, wenn die Prädiktorvariablen, wie von vielen unterstellt wird, bestenfalls auf Intervallskalenniveau gemessen werden können (Orth, 1985). Messung auf Intervallskalenniveau bedeutet nämlich, daß es kein inhaltliches Kriterium dafür gibt, welcher Punkt der Skala gleich Null zu setzen ist. Dies kann nur durch völlig willkürliche Setzungen entschieden werden. Die Vorhersagen, die man aufgrund von Produktsummen bezogen auf intervallskalierte Variablen trifft, sind dann insofern empirisch nicht bedeutsam, als sich die Rangfolge der vorhergesagten Werte ändert, wenn man den Nullpunkt bei der numerischen Kodierung der Prädiktorvariablen verschiebt. Die Vorhersagen würden damit also von völlig willkürlichen Setzungen der Untersuchenden abhängen.

Ein geeignetes Modell für Wahlen zwischen mehreren Wahlmöglichkeiten erhält man, wenn man wie Jaccard (1981) das Verhalten nach der Regel vorhersagt, daß jeweils die Verhaltensmöglichkeit mit der höchsten Verhaltensabsicht ausgeführt wird. Der Rest des Ansatzes muß dann unter Bezugnahme auf diese Regel formalisiert werden. Ein Produktsummenmodell, das auch für Intervallskalen empirisch bedeutsam ist, schlägt Orth (1985) vor. Er behandelt die Positionen der Skalennullpunkte als Modellparameter, die unter Annahme der Gültigkeit des Modells aus den Daten geschätzt werden müssen.

Im wesentlichen werden beide Lösungsmöglichkeiten hier übernommen. Allerdings wird der Vorschlag von Orth ein wenig modifiziert. Im Unterschied

zu Orth wird hier nämlich davon ausgegangen, daß es bei den Konsequenzbewertungen und den Einwilligungsbereitschaften jeweils einen empirisch bedeutsamen Punkt auf dem Kontinuum gibt, der ähnliche Qualitäten wie ein natürlicher Nullpunkt hat. Bei den Konsequenzbewertungen ist dies der Übergang zwischen Mögen und Nicht-Mögen, bei den Einwilligungsbereitschaften der Punkt, an dem einem die Verhaltenswünsche der anderen Person völlig gleichgültig sind. Wenn man also die Konsequenzbewertungen mit Antwortskalen erfaßt, deren Enden mit "extrem positiv" und "extrem negativ" bezeichnet sind, dann wäre die Mitte der Skala mit null zu kodieren; und wenn man die Einwilligungsbereitschaften mit Antwortskalen erfaßt, deren Enden mit "extrem unwichtig" und "extrem wichtig" bezeichnet sind, dann wäre das mit "extrem unwichtig" bezeichnete Ende mit null zu kodieren. In beiden Fällen ist dies dieselbe Kodierung, die auch Fishbein und Ajzen - allerdings ohne weitere Begründung - vorschlagen.

Das aus diesen Überlegungen resultierende Modell wird jetzt explizit dargestellt. Die erste Modellannahme besagt dabei, daß jeweils die Verhaltensweise mit der höchsten Verhaltensabsicht ausgeführt wird. Wenn mehrere Verhaltensweisen mit gleich hoher Verhaltensabsicht an der Spitze stehen, soll die Ausführungswahrscheinlichkeit für alle diese Verhaltensweisen gleich sein. Formal läßt sich dieser Gedanke wie folgt darstellen:

$$P_{ij} = \begin{cases} 0 & \text{wenn es eine Verhaltensweise } u \text{ mit } VA_{iu} > VA_{ij} \text{ gibt,} \\ 1/t_{ij} & \text{wenn es keine Verhaltensweise } u \text{ mit } VA_{iu} > VA_{ij} \text{ gibt.} \end{cases} \quad (1)$$

Dabei ist

- P_{ij} : die Wahrscheinlichkeit dafür, daß Person i Verhaltensweise j ausführt;
 VA_{ij} : die Verhaltensabsicht von Person i für Verhaltensweise j ;
 t_{ij} : die Anzahl aller Verhaltensweisen, zu der Person i eine genauso hohe Verhaltensabsicht hat wie zu Verhaltensweise j (einschließlich Verhaltensweise j).

Die Gleichung zur Vorhersage der Verhaltensabsichten ist eine multiple Regressionsgleichung. Sie lautet:

$$VA_{ij} = \beta_{VA1} * EV_{ij} + \beta_{VA2} * SN_{ij} + \alpha_{VA} \quad (2)$$

Dabei ist

- VA_{ij} : die Verhaltensabsicht von Person i für Verhaltensweise j ;
 EV_{ij} : die Einstellung von Person i zu Verhaltensweise j ;
 SN_{ij} : die Subjektive Norm von Person i für Verhaltensweise j .
 β_{VA1} , β_{VA2} und α_{VA} sind Konstanten, die so aus den Daten geschätzt werden müssen, daß das Modell am besten paßt. Für die beiden multiplikativen Konstanten wird allerdings gefordert, daß sie positiv sind.

Die Vorhersagegleichung für die direkt erhobenen Einstellungen lautet in Anlehnung an das von Orth (1985) vorgeschlagene Prinzip:

$$EV_{ij} = \beta_{EV} * \left[\sum_{k=1}^{n_i} (KE_{ijk} + \gamma_{KE}) * KB_{ik} \right] + \alpha_{EV} \quad (3)$$

Dabei ist

- EV_{ij} : die Einstellung von Person i zu Verhaltensweise j ;
 n_i : die Anzahl der für Person i salienten Konsequenzen;
 KE_{ijk} : die Konsequenzerwartung; d.h. die Wahrscheinlichkeit mit der laut Einschätzung von Person i Konsequenz k eintritt, wenn Person i Verhaltensweise j ausführt;
 KB_{ik} : die Konsequenzbewertung; d.h. die Bewertung von Konsequenz k durch Person i .
 β_{EV} , γ_{KE} und α_{EV} sind wieder Konstanten, die so aus den Daten geschätzt werden müssen, daß das Modell am besten paßt, wobei β_{EV} positiv sein muß.

Die Vorhersagegleichung für die direkt erfragten Subjektiven Normen lautet entsprechend:

$$SN_{ij} = \beta_{SN} * \left[\sum_{k=1}^{m_i} (NE_{ijk} + \gamma_{NE}) * EB_{ik} \right] + \alpha_{SN} \quad (4)$$

Dabei ist

- SN_{ij} : die Subjektive Norm von Person i für Verhaltensweise j .
 m_i : die Anzahl der für Person i salienten Bezugspersonen;
 NE_{ijk} : die Normerwartung; d.h. das Ausmaß, indem Bezugsperson k laut Vermutung von Person i möchte, daß Person i Verhaltensweise j ausführt;
 EB_{ik} : die Einwilligungsbereitschaft; d.h. die Bereitschaft der handelnden Person i , sich nach den Wünschen der Bezugsperson k zu richten.
 β_{SN} , γ_{NE} und α_{SN} sind wieder Konstanten, die so aus den Daten geschätzt werden müssen, daß das Modell am besten paßt. β_{SN} muß dabei positiv sein.

III. Methode

Aus praktischen und ethischen Gründen kann man in der Wahlforschung keine Experimente im streng methodischen Sinn durchführen. Es ist dort eben nicht möglich, die Ausprägungen der vermeintlichen Ursachenvariablen willkürlich zu manipulieren. Damit kann man in diesem Forschungsbereich lediglich prüfen, ob zwischen zwei Variablen ein Zusammenhang besteht, nicht aber, ob

dieser Zusammenhang kausaler Natur ist, oder gar, welche der beiden Variablen die Ursache und welche die Wirkung ist.

Für die Politikberatung bringt der Umstand, daß Kausalannahmen nicht kritisch geprüft werden können, Probleme mit sich. Hier benötigt man nämlich Kausalannahmen, um Empfehlungen begründen zu können. Jede professionelle Politikberatung muß damit zwangsläufig auf Annahmen zugreifen, deren empirische Gültigkeit ungesichert ist. Bis zu einem gewissen Grade kann man aber aus dem Erfolg oder Mißerfolg von Maßnahmen, die aus einer bestimmten Kausalannahme abgeleitet worden sind, auf die empirische Gültigkeit dieser Annahme zurückschließen. Damit ergibt sich in zweierlei Weise die Berechtigung, bei der Politikberatung mit hypothetisch vorausgesetzten Kausalstrukturen zu arbeiten. Zum einen kann man nicht anders, und zum anderen liefert dies eventuell wichtige Informationen über die empirische Gültigkeit dieser Struktur.

In diesem Sinne wird auch hier eine bestimmte Struktur von Kausalrichtungen hypothetisch vorausgesetzt, und zwar die, von der auch Fishbein und Ajzen ausgehen. Die Konsequenzerwartungen, die Konsequenzbewertungen, die Normerwartungen und die Einwilligungsbereitschaften werden damit als die letztendlichen Ursachen für die Wahlentscheidung betrachtet. Ausgehend von dieser Struktur werden Wahlabsichten für die Bundestagswahl 1994 untersucht. Drei Ziele werden verfolgt: Einige der Modellannahmen sollen geprüft, die Ursachen für die Wahlentscheidungen sollen analysiert und die Wirkung verschiedener Strategien der Parteien auf das Wahlergebnis sollen abgeschätzt werden.

Untersuchungsteilnehmer: Die Untersuchung wurde mit 70 Schülern und Studenten aus Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Davon waren 37 Studenten der RWTH Aachen (8 weiblich, 29 männlich) und 33 Schüler der Kollegstufe zweier Gymnasien in Nordrhein-Westfalen (23 weiblich, 10 männlich). Die Schüler waren im Mittel 18 Jahre alt (SD 1.11, Min. 17, Max. 22), die Studenten 26 Jahre (SD 2.61, Min. 20, Max. 34). Alle Personen waren deutscher Staatsangehörigkeit. Keine Person wurde für die Teilnahme an der Untersuchung bezahlt.

Verhaltensweisen: Sieben Verhaltensweisen wurden betrachtet, nämlich CDU, SPD, F.D.P., B'90/Grüne, PDS, REP und überhaupt nicht zu wählen. Die Reihenfolge, in der die Parteien im Fragebogen aufgeführt werden, entsprach ihren Stimmanteilen bei der letzten Bundestagswahl. Die Verhaltensweise "Nicht wählen" wurde immer als letzte genannt.

Saliente Konsequenzen und Bezugspersonen: Die salienten Konsequenzen und Bezugspersonen wurden durch eine Vorstudie ermittelt, an der 16 Personen, acht Schüler und acht Studenten, teilnahmen. Die sechs am häufigsten genannten Konsequenzen wurden als salient ausgewählt und in Form von politischen Zielsetzungen formuliert. Drei dieser Zielsetzungen wurden positiv, die anderen drei negativ formuliert, um keine bestimmte politische Einstellung als erwünscht erscheinen zu lassen. Die auf diese Weise gewonnenen Formulierungen waren:

- 1) Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie;
- 2) Förderung der Teilnahme deutscher Soldaten an UN-Kampfeinsätzen;
- 3) Bekämpfung des Rechtsradikalismus;
- 4) Verschärfung der gesetzlichen Abtreibungsbestimmungen;
- 5) Verbesserung von Sozialleistungen;
- 6) Erschwerte Zulassungsbedingungen für Studierende.

Durch Fragen zu diesen sechs Konsequenzen dürfte man in etwa das erfassen, was Campbell et al (1954) unter Bezug zu politischen Sachfragen verstehen. Um auch den Bezug zu den kandidierenden Personen zu berücksichtigen, wurde eine weitere Konsequenz in den Themenkatalog eingefügt, die die Teilnehmer der Vorstudie nicht ausdrücklich genannt hatten, nämlich:

- 7) Besetzung wichtiger Ämter durch kompetente und glaubwürdige Politiker.

Als saliente Bezugspersonen wurden mit großer Übereinstimmung Freunde, Eltern und Partner genannt. Diese Einflußträger wurden dann auch in der Untersuchung als saliente Bezugspersonengruppen verwendet. Fishbein, Ajzen und Hinkle (1980) verwenden in ihrer Studie zu den Präsidentenwahlen übrigens dieselben Bezugspersonengruppen. Sie fügen lediglich noch eine Personengruppe, nämlich die Arbeitskollegen, hinzu. Bei einer Stichprobe von Schülern und Studenten, wie sie hier untersucht wird, würde dies allerdings wenig Sinn machen.

Fragen und Antwortmodalitäten: Im Fragebogen der Hauptuntersuchung waren die Items weitgehend so formuliert, wie es Ajzen und Fishbein (1980) vorschlugen. Als Antwortmodalität wurde also in allen Fällen eine siebenstufige Ratingskala vorgegeben, bei der beide Endpunkte verbal benannt sind (s. Tab. 1). Bei der Messung der Einstellung und der Subjektiven Norm wurden etwas andere Fragestellungen gewählt, als Ajzen und Fishbein dies üblicherweise tun. Im Falle der Einstellung wurden die Probanden aufgefordert, die jeweilige Verhaltensmöglichkeit lediglich unter Berücksichtigung ihrer eigenen Wünsche zu bewerten. Im Falle der Subjektiven Norm sollten sie diese Bewertung dagegen unter Berücksichtigung der Wünsche der für sie wichtigen Bezugspersonen vornehmen (s. Tab. 1). Diese Änderung wurde vorgenommen, da die von Ajzen und Fishbein (1980, S. 262) vorgeschlagene Formulierung ("Most people who are important to me think I should (versus I should not) do x") unseres Erachtens zu wenig den normativen Aspekt erfaßt. Sie könnte auch als reine Wissens- oder Glaubensfrage verstanden werden.

Untersuchungsdurchführung: Die Untersuchung wurde innerhalb der ersten beiden Wochen im Februar 1994 durchgeführt. Die Schüler füllten die Fragebögen in Gruppen von ca. 10 Personen während des Unterrichts aus, wobei der Fragebogen von einer Lehrkraft ausgeteilt und eingesammelt wurde. Die Studenten wurden nach verschiedenen Vorlesungen angesprochen und erhielten den Fragebogen von einem der Studienleiter persönlich. Ausgefüllt wurde der Fragebogen entweder unter Anwesenheit des Studienleiters oder alleine zu Hause. Alle Instruktionen wurden schriftlich über den Fragebogen erteilt. Nach den Fragen nach Geschlecht, Alter und Nationalität wurde an Beispielen verdeutlicht, wie die Antwortskalen richtig angewandt werden. Anschließend wurden die Teilnehmer der Studie gebeten, sorgfältig zu lesen und ehrlich zu antworten. Vor den Fragen, die sich auf die salienten Bezugspersonen beziehen, wurden die Untersuchungsteilnehmer informiert, daß sie Fragen zu Personen, die es in ihrem Umfeld nicht gibt, unbeantwortet lassen sollen.

Tab. 1: Beispiel-Items mit Bezeichnern für die Endpunkte der Antwortmodalitäten

Konstrukt	Beispiel-Item mit Skalenendpunkten
Konsequenz- erwartung	Ich fördere den Ausstieg aus der Atomenergie, weil ich CDU wähle, extrem wahrscheinlich extrem unwahrscheinlich.
Konsequenz- bewertung	Ich finde den Ausstieg aus der Atomenergie extrem gut extrem schlecht.
Norm- erwartung	Meine Freunde denken wohl, ich sollte SPD wählen, auf keine Fall unbedingt.
Einwilligungs- bereitschaft	Den Wünschen meiner Freunde nachzukommen, ist mir im allgemeinen extrem unwichtig extrem wichtig.
Einstellung	F.D.P. zu wählen, finde ich persönlich extrem gut extrem schlecht.
Subjektive Norm	Wenn ich nur die Wünsche mir wichtiger Personen berücksichtige, finde ich PDS zu wählen extrem gut extrem schlecht.
Verhaltensabsicht	Bei der nächsten Bundestagswahl beabsichtige ich, B'90 / GRÜNE zu wählen wahrscheinlich unwahrscheinlich.

IV. Ergebnisse

1. Modellprüfung

Einige Untersuchungsteilnehmer hatten offensichtlich instruktionsgemäß alle Fragen zu einer bestimmten Bezugsperson unbeantwortet gelassen. Abgesehen davon fehlten aber auch bei einigen anderen Fragen gelegentlich die Antworten. Sieben Untersuchungsteilnehmer wurden deshalb von der Analyse ausgeschlossen. Zwei der ausgeschlossenen Untersuchungsteilnehmer hatten mehr als einmal Fragen zur Verhaltensabsicht ausgelassen und fünf mehr als einmal Fragen zur Subjektiven Norm.

Von den 63 verbleibenden Personen sind 35 Studenten (7 weiblich, 28 männlich) und 28 Schüler (20 weiblich, 8 männlich). 46 der verbleibenden Personen hatten die Fragen zu allen drei Bezugspersonen beantwortet, 17 hatten jeweils eine Bezugsperson ausgelassen (16 mal Partner, einmal Freunde). Der Anteil der Antworten, die von den verbleibenden Personen nicht instruktionsgemäß ausgelassen wurden, war äußerst geringfügig (0.4% über alle Fragen und Untersuchungsteilnehmer); keine Person hatte besonders viele Fra-

gen unbeantwortet gelassen (Min.: 0%, Max.: 6.73%); keine Frage ist besonders betroffen (Min.: 0%, Max.: 4.76%); und die drei wichtigsten Fragekategorien, nämlich Verhaltensabsicht, Einstellung und Subjektive Norm waren mit zwei Ausnahmen vollständig beantwortet worden (Einstellung zum Nicht-Wählen und Subjektive Norm zum F.D.P.-Wählen jeweils 1.6%). Die restlichen fehlenden Daten wurden deshalb durch die über die Personen gemittelten vorhandenen Daten für die jeweilige Frage geschätzt.

Da aus untersuchungstechnischen Gründen das Wahlverhalten nicht erhoben werden konnte, kann die erste Modellannahme, also der Übergang von der Verhaltensabsicht auf das Verhalten (Formel 1), anhand der vorliegenden Daten nicht geprüft werden. Die Daten von Fishbein, Ajzen und Hinkle (1980), sowie von Jaccard (1981) belegen die Gültigkeit dieser Annahme allerdings auch schon recht eindrucksvoll. Sofern sich diese Ergebnisse auf den hier betrachteten Gegenstand übertragen lassen, kann man mit Hilfe dieser Annahme aus den vorliegenden Daten das Wahlverhalten für die vorliegende Stichprobe vorhersagen. Die auf diese Weise vorhergesagte Wahlbeteiligung (100% minus Prozentzahl der Nicht-Wähler) beträgt 95.8%. Die vorhergesagten Stimmenteile für die Parteien sind 23.7% für die CDU, 33.1% für die SPD, 8.5% für die F.D.P., 28.1% für das B'90/Grüne, 3.8% für die PDS und 3.0% für die REP. Der im Vergleich zur Gesamtwählerschaft geringe Anteil für die CDU und der vergleichsweise hohe Anteil für B'90/Grüne sind typisch für Umfrageergebnisse bei jungen Menschen (vgl. Bürklin, 1988, S. 72). Die Ergebnisse entsprechen also denen, die bei einer direkten Befragung bei einer repräsentativeren Stichprobe zu erwarten sind. Dies spricht indirekt dafür, daß die erste Modellannahme auch hier gilt.

Zur Prüfung der übrigen Modellannahmen wurden die Antworten zu den sieben verschiedenen Verhaltensweisen gemeinsam betrachtet. Die folgenden Analysen beziehen sich damit immer auf 441 Fälle (63 Pbn * 7 Verhaltensweisen). Die zweite Modellannahme ist wie bereits erwähnt eine lineare Regressionsgleichung von der Einstellung und der Subjektiven Norm auf die Verhaltensabsicht (Formel 2). Die adjustierte quadrierte multiple Korrelation für diese Gleichung beträgt 0.66 ($p < 0.001$). Dieses Ergebnis kann als Bestätigung der Modellannahme gewertet werden. Das standardisierte Beta-gewicht für die Einstellung beträgt 0.68, das für die Subjektive Norm 0.16. Beide Prädiktoren liefern einen signifikanten zusätzlichen Beitrag (Einstellung: $p < 0.001$, Subjektive Norm: $p < 0.05$) für die Varianzaufklärung bei der Verhaltensabsicht.

Um die dritte Modellannahme, also den Übergang von Konsequenz-erwartungen und -bewertungen auf die Einstellung (Formel 3) prüfen zu können, muß erst die Position des Skalennullpunktes für die Erwartungen aus den Daten geschätzt werden. Dies geschieht über eine Regressionsgleichung, in der die Produktsumme aus Erwartungen und Bewertungen und die Summe der

Bewertungen jeweils in ihrer ursprünglich gewählten numerischen Kodierung die Prädiktoren bilden (vgl. Dohmen, 1985). Damit ist die adjustierte quadrierte multiple Korrelation für diese beiden Prädiktoren das sinnvollste Maß für die Güte der Modellpassung. Es beträgt 0.34 ($p < 0.001$) und die multiplikative Konstante für die Produktsumme ist positiv. Die Modellannahme wird damit als bestätigt betrachtet. Bei der Skala für die Konsequenzerwartungen liegt der empirisch bestimmte Nullpunkt bei einer vorgegebenen Kodierung von -3 bis 3 bei 0.21, also ziemlich genau in der Mitte.

Die vierte Modellannahme kann im Prinzip auf dieselbe Weise geprüft werden wie die dritte Modellannahme. Da bei dem bisher entwickelten Verfahren zur Schätzung der Nullpunkte aber vorausgesetzt wird, daß sich alle Personen bei ihren Antworten auf die gleiche Anzahl von salienten Ergebnissen bzw. salienten Bezugspersonen beziehen, müssen bei dem vorliegenden Datensatz zwei getrennte Rechnungen durchgeführt werden: eine für die Untersuchungsteilnehmer mit zwei und eine für die Untersuchungsteilnehmer mit drei salienten Bezugspersonen. Als Maß für die Güte der Modellpassung wird hier das entsprechend der Personenzahlen gewichtete Mittel der adjustierten quadrierten multiplen Korrelationen für die beiden Schätzgleichungen verwendet. Dieser Wert beträgt 0.47. Die beiden einzelnen Werte betragen 0.44 ($p < 0.001$) für die 46 Teilnehmer mit drei Bezugspersonen und 0.52 ($p < 0.001$) für die 17 Teilnehmer mit zwei Bezugspersonen. In beiden Fällen ist die multiplikative Konstante für die Produktsumme positiv. Auch die vierte Modellannahme wird damit durch die vorliegenden Daten bestätigt: Bei einer vorgegebenen Kodierung von -3 bis 3 beträgt der empirisch bestimmte Nullpunkt der Skala für die Normerwartungen -1.45 bei den Probanden mit drei und -1.32 bei den Probanden mit zwei Bezugspersonen.

2. Ursachenanalyse

Welche Muster von Konsequenzerwartungen und -bewertungen bestimmen nun das hier vorhergesagte Wahlergebnis? Als erstes interessiert dabei das über alle Untersuchungsteilnehmer gemittelte Meinungsbild. Drei der sieben möglichen Konsequenzen wurden negativ bewertet, nämlich die Förderung der Teilnahme deutscher Soldaten an UN-Kampfeinsätzen, die Verschärfung der gesetzlichen Abtreibungsbedingungen und die Erschwerung der Zulassungsbedingungen für das Studium (s. Tab. 2). Die anderen vier Ergebnisse wurden entsprechend positiv bewertet. Bemerkenswert ist dabei insbesondere, daß das politische Ziel, den Rechtsradikalismus zu bekämpfen, am positivsten bewertet wurde. Es wurde im Schnitt sogar positiver als das Ziel bewertet, Ämter durch kompetente und glaubwürdige Politiker zu besetzen. Allerdings ist dieser Unterschied nicht signifikant.

Tabelle 2: Durchschnittliche Bewertungen der sieben Konsequenzen

Die Antwortskala reicht von -3 (extrem schlecht) bis 3 (extrem gut).

<i>Item</i>	<i>Bewertung</i>
Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie (ATOM)	1.08
Förderung der Teilnahme deutscher Soldaten an UN-Kampfeinsätzen (UNO)	-0.51
Bekämpfung des Rechtsradikalismus (RECHTS)	2.57
Verschärfung der gesetzlichen Abtreibungsbestimmungen (ABTREIB)	-1.40
Verbesserung von Sozialleistungen (SOZIAL)	1.53
Erschwerung der Zulassungsbedingungen für Studiengänge (ZULASS)	-0.73
Besetzung wichtiger Ämter durch kompetente und glaubwürdige Politiker (KOMP)	2.48

Die Erwartungen, die mit den Parteien verbunden werden, entsprechen weitgehend dem, was diese Parteien als Programm vertreten. Vom B'90/Grüne werden am meisten Aktivitäten für den Ausstieg aus der Atomenergie und gegen den Rechtsradikalismus erwartet. Von den Republikanern erwartet man beides am wenigsten (s. Tab. 3). Von der CDU erwartet man am meisten, daß sie sich für die Teilnahme deutscher Soldaten bei UNO-Einsätzen, für schärfere Abtreibungsbedingungen und für einen schwereren Hochschulzugang stark macht. Vom B'90/Grüne erwartet man das Gegenteil. Von der SPD erwartet man am meisten eine Verbesserung der Sozialleistungen. Die Republikaner bilden auch hier den Gegenpol. F.D.P. und PDS nehmen bei keinem der betrachteten Aspekte eine Extremposition ein. Bei der F.D.P. steht das durchaus in Einklang mit ihrem Selbstverständnis als Partei der Mitte. Bei der PDS könnte das dadurch zu erklären sein, daß diese Partei als echte "Ost-Partei" in Nordrhein-Westfalen, wo die Studie durchgeführt wurde, noch kaum Profil gewonnen hat.

Wie unterscheiden sich nun die Wähler verschiedener Parteien? Da die Stichprobe verhältnismäßig klein ist, werden bei dem Versuch, diese Frage zu beantworten, nur die Wähler der drei Parteien betrachtet, die in dieser Stichprobe den größten Stimmanteil haben. Es handelt sich dabei um die CDU, die SPD und das B'90/Grüne. Des weiteren werden in den folgenden Analysen auch nur die Personen betrachtet, die sich eindeutig für eine dieser drei Parteien entschieden haben; d.h. Personen mit zwei oder mehr als zwei gleich hohen höchsten Verhaltensabsichten wurden ausgeschlossen. Übrig blieben 11 Personen bei der CDU, 11 bei der SPD und 9 beim B'90/Grüne.

Tabelle 3: Durchschnittliche Erwartungen für die sieben Konsequenzen unter Vorgabe der sieben Wahlmöglichkeiten

Die Antwortskala reicht von -3 (extrem unwahrscheinlich) bis 3 (extrem wahrscheinlich). Die Itemkürzel sind in Tabelle 2 erklärt.

Item:	Wahlmöglichkeiten:						
	CDU	SPD	F.D.P.	B90/G	PDS	REP	Nicht
ATOM	-1.68	0.11	-1.33	2.11	-0.53	-1.89	-1.92
UNO	1.60	-0.63	0.60	-2.10	-1.21	1.10	-0.60
RECHTS	0.48	1.41	0.83	1.81	1.11	-2.43	-1.70
ABTREIB	1.71	-0.98	-0.22	-1.79	-1.10	1.44	-0.38
SOZIAL	-0.65	1.29	-0.61	0.87	0.15	-1.62	-1.95
ZULASS	1.51	-0.41	0.87	-1.37	-0.75	0.52	-0.41
KOMP	-0.30	-0.05	-0.54	-0.67	-1.59	-2.59	-2.32

Die Konsequenzbewertungen dieser Personen wurden einer multivariaten einfaktoriellen Varianzanalyse mit der Parteipräferenz als Faktor und den Bewertungen für die sieben verschiedenen Konsequenzen als abhängigen Variablen unterzogen. Der Einfluß der Parteipräferenz ist signifikant (Pillais PS: $F(14,46)=3.26$, $p<0.01$). Varianzanalysen für die einzelnen Konsequenzen liefern signifikante Ergebnisse beim Ausstieg aus der Atomenergie, bei der Verschärfung der Abtreibungsbedingungen und bei der Erschwerung der Hochschulzulassung (s. Tab. 4).

Tabelle 4: Mittlere Konsequenzbewertungen nach Parteipräferenz

Die Antwortskala reicht von -3 (extrem schlecht) bis 3 (extrem gut).

Die Itemkürzel sind in Tabelle 2 erklärt.

Der F-Bruch hatte zwei Freiheitsgrade im Zähler, 28 im Nenner.

Item	Wählergruppen:				Signifikanz
	CDU	SPD	B90/G	F-Bruch	
ATOM	-0.45	1.27	1.78	5.98	$p < 0.01$
UNO	0.50	-0.09	-1.44	3.26	n.s.
RECHTS	1.91	2.45	2.89	1.45	n.s.
ABTREIB	0.55	-1.82	-2.33	9.77	$p < 0.001$
SOZIAL	1.09	1.27	1.44	0.15	n.s.
ZULASS	0.00	0.36	-1.67	4.12	$p < 0.05$
KOMP	2.09	2.91	2.78	2.73	n.s.

In den ersten beiden Fällen entsprechen die Unterschiede in den Bewertungen den Vorstellungen, die man sich üblicherweise von Wählern dieser drei Parteien macht: CDU-Wähler sind gemäßigt gegen den Ausstieg aus der Atomenergie, SPD-Wähler sind recht entschieden und B'90/Grüne-Wähler noch entschiedener dafür. CDU-Wähler sind dagegen gemäßigt für eine Verschärfung der Abtreibungsbedingungen, SPD-Wähler recht entschieden dagegen und B'90/Grüne-Wähler noch entschiedener dagegen. Bei der Zulassung zu den Hochschulen ergibt sich kein ganz so stereotypes Bild. CDU-Wähler sind hier völlig indifferent, SPD-Wähler moderat für eine Erschwerung der Zulassung und B'90/Grüne recht entschieden dagegen. Bei den anderen Konsequenzen zeigt sich in der Tendenz ebenfalls, was man erwartet. Allerdings sind diese Ergebnisse - vermutlich aufgrund der kleinen Stichprobe - nicht signifikant.

Bei den Erwartungen wurde für jede Konsequenz eine zweifaktorielle Varianzanalyse mit den drei Parteipräferenzen und den sieben Verhaltensweisen als Faktoren und der Erwartung als abhängiger Variable gerechnet. In keinem Fall gibt es einen signifikanten Haupteffekt für den Faktor der Parteipräferenzen. Nur in zwei Fällen, nämlich bei der Verbesserung der Sozialleistungen und bei der Besetzung wichtiger Ämter durch kompetente und glaubwürdige Politiker, gibt es eine signifikante Interaktion zwischen der Parteipräferenz und der jeweils beurteilten Wahlmöglichkeit.

Bei 'Verbesserung der Sozialleistungen' ergibt sich die Interaktion dadurch, daß die Kompetenz der Regierungsparteien in Abhängigkeit vom eigenen Standpunkt sehr unterschiedlich beurteilt wird. CDU-Wähler glauben, die CDU werde sich um eine Verbesserung der Sozialleistungen bemühen; SPD- und B'90/Grüne-Wähler sind in dieser Hinsicht völlig anderer Meinung. CDU-Wähler erwarten auch von der F.D.P., sie werde sich eher für als gegen die Verbesserung der Sozialleistungen einsetzen. SPD-Wähler trauen der F.D.P. in dieser Hinsicht gar nichts zu; B'90/Grüne-Wähler sind hier eher indifferent. Bei der Besetzung wichtiger Ämter mit glaubwürdigen und kompetenten Politikern interagiert die Parteipräferenz mit der Erwartung in nächstliegender Weise: Man traut bestenfalls der je bevorzugten Partei zu, daß sie kompetente und glaubwürdige Politiker zum Einsatz bringen wird. Selbst bei der präferierten Partei ist diese Zuversicht aber eher gedämpft: Die mittleren Erwartungen liegen bestenfalls einen Punkt (d.h. ein Sechstel der Reichweite der Antwortskala) über dem empirisch bestimmten Nullpunkt der Antwortskala.

Bei den anderen fünf Konsequenzen schätzen die Untersuchungsteilnehmer die Parteien unabhängig von ihrer eigenen Parteipräferenz in gleicher Weise ein. Da sich bei den Konsequenzbewertungen eher Unterschiede in Abhängigkeit von der Parteipräferenz zeigen, deutet dies darauf hin, daß unterschiedliche Wahlentscheidungen in der betrachteten Stichprobe eher aufgrund unterschiedlicher Werthaltungen als aufgrund unterschiedlicher Kompetenzeinschätzungen der Parteien zustandekommen.

3. Wirksamkeitsabschätzung

Der hier vorgestellte Ansatz reicht allein sicherlich nicht aus, um die Wirkung verschiedener Strategien der politischen Öffentlichkeitsarbeit auf das Wahlergebnis abzuschätzen. Er sagt nämlich nichts dazu, wie öffentliche Diskussionen geführt werden müssen, damit sich die Konsequenzbewertungen und/oder -erwartungen der Wähler in einer bestimmten Richtung verändern. Um dies zu klären, müßten andere Ansätze zur Hilfe genommen werden. Der hier vorgestellte Ansatz sagt aber sehr wohl etwas dazu, wie sich Änderungen auf Seiten der Bewertungen und Erwartungen auf das Wahlergebnis auswirken. Um dies möglichst gut abschätzen zu können, muß aus den Annahmen des Ansatzes eine Vorhersagegleichung abgeleitet werden, in der die Erwartungen und Bewertungen zu den Prädiktoren gehören und die Verhaltensabsicht das Kriterium ist. Diese Gleichung erhält man, indem man die direkt erfragte Einstellung in der zweiten Modellannahme (Formel 2) gemäß der dritten Modellannahme (Formel 3) substituiert. Es resultiert

$$VA_{ij} = \beta_1 * \left[\sum_{k=1}^{n_j} (KE_{ijk} + \gamma) * KB_{ik} \right] + \beta_2 * SN_{ij} + \alpha \quad (5)$$

Dabei ist

- VA_{ij} : die Verhaltensabsicht von Person i für Verhaltensweise j;
 n_j : die Anzahl der für Person i salienten Konsequenzen;
 KE_{ijk} : die Konsequenzerwartungen, d.h. die Wahrscheinlichkeit, mit der laut Einschätzung von Person i Konsequenz k eintritt, wenn Person i Verhaltensweise j ausführt;
 KB_{ik} : die Konsequenzbewertung, d.h. die Bewertung von Konsequenz k durch Person i;
 SN_{ij} : die Subjektive Norm von Person i für Verhaltensweise j.
 β_1 , β_2 und α sind wieder Konstanten, die so aus den Daten geschätzt werden müssen, daß das Modell am besten paßt. Im Sinne der Modellannahme müssen die beiden multiplikativen Konstanten dabei positiv sein.

Die Gültigkeit dieser Gleichung wurde ebenfalls an den Daten geprüft. Die adjustierte quadrierte multiple Korrelation beträgt 0.54 ($p < 0.001$). Das standardisierte Betagewicht für die über die Produktsumme geschätzte Einstellung beträgt 0.23, das für die direkt erfragte Subjektive Norm 0.59. Beide Prädiktoren liefern einen signifikanten zusätzlichen Beitrag (beide: $p < 0.001$) zur Varianzaufklärung bei der Verhaltensabsicht. Die Modellannahme ist damit bestätigt. Im Vergleich zu den Betagewichten, die direkt für die zweite Modellannahme (Formel 2) bestimmt worden sind, gibt es hier allerdings eine Verschiebung zuungunsten der Einstellung. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die über die Produktsumme geschätzte Einstellung weniger reliabel

als die direkt erfragte Einstellung ist. Der über Formel 5 bestimmte Nullpunkt für die Konsequenzerwartungen liegt bei einer vorgegebenen Kodierung von -3 bis 3 bei -0.74. Dies ist unwesentlich niedriger als die Position des Nullpunktes, der gemäß Formel 3 bestimmt worden ist.

Bei den folgenden Simulationsrechnungen werden die Werte für die Verhaltensabsichten mit Hilfe von Formel 5 und den direkt für diese Formel aus den ursprünglichen Daten bestimmten Parametern berechnet und dann in die erste Modellannahme (Formel 1) eingesetzt. Für β_1 und β_2 werden dabei die unstandardisierten Beta-Gewichte verwendet. Um die Ergebnisse derartiger Simulationsrechnungen interpretieren zu können, muß man sich erst einmal das Wahlergebnis ansehen, das mit diesem Prinzip aus den ursprünglichen Daten vorhergesagt wird. Hier ergibt sich eine vorhergesagte Wahlbeteiligung von 96.8%. Die Stimmanteile für die Parteien sind 20.5% für die CDU, 36.1% für die SPD, 5.7% für die F.D.P., 31.2% für B'90/Grüne, 4.9% für die PDS und 1.6% für die REP (s. Tab. 5). Dieses Wahrscheinlichkeitshistogramm und das über die direkt erfragten Verhaltensabsichten vorhergesagte Histogramm (siehe oben) haben eine gemeinsame Fläche von 0.92.

Die Formel zur Berechnung der gemeinsamen Fläche zweier Wahrscheinlichkeitshistogramme findet man bei Konerding & Böhm, 1994, Formel 4. Diese Fläche kann zwischen Null bei völliger Ungleichheit und Eins bei völliger Gleichheit beider Histogramme variieren.

Man sagt also mit den über Formel 5 geschätzten Verhaltensabsichten in etwa dasselbe voraus wie mit den direkt erfragten Verhaltensabsichten.

Im folgenden soll anhand zweier fingierter Beispiele demonstriert werden, wie man mit Hilfe des eben vorgestellten Vorhersageprinzips die Wirksamkeit verschiedener Strategien der politischen Öffentlichkeitsarbeit abschätzen kann. Aus gegebenem politischen Anlaß bezieht sich das erste Beispiel auf die F.D.P. Diese Partei mußte im Wahljahr 1994 eine Reihe empfindlicher Wahlniederlagen hinnehmen. Als Reaktion auf diese Niederlagen debattierten die F.D.P.-Mitglieder verstärkt über das künftige Profil ihrer Partei. Die einen drängten darauf, die F.D.P. als die Partei der Besserverdienenden und Leistungsträger zu profilieren, während die anderen eine Rückbesinnung auf die klassischen liberalen Ideale forderten. In den Begriffen des Ansatzes von Fishbein und Ajzen läßt sich das Profil einer Partei mit den Konsequenzerwartungen gleichsetzen, die Wähler mit einer Wahlentscheidung für diese Partei verbinden. Das Profil der Besserverdienenden und Leistungsträger wurde hier deshalb realisiert, indem der Wert für die Erwartung, daß die F.D.P. die Sozialleistungen verbessern werde, für alle Untersuchungsteilnehmer gleich -3 gesetzt wurde. Um das Profil der klassisch liberalen Partei zu realisieren, wurde dagegen allen Untersuchungsteilnehmern ein Wert von +3 für die Erwartung zugewiesen, daß die F.D.P. den Rechtsradikalismus bekämpfen werde.

Die Manipulation beim Item für die Sozialleistungen wirkt sich in recht überraschender Weise aus. Die F.D.P. verzeichnet dann nämlich leichte Stimmengewinne ausgerechnet auf Kosten der SPD (s. Tab. 5). Dies ergibt sich dadurch, daß acht Untersuchungsteilnehmer eine Steigerung der Sozialleistungen eher negativ bewerten. Zwei dieser Personen sind ursprünglich sogar SPD-Wähler. Diese Personen werden dadurch für die F.D.P. gewonnen, daß die F.D.P. ganz deutlich macht, daß sie die Sozialleistungen auf keinen Fall erhöhen wird. Die Manipulation beim Item für den Rechtsradikalismus hat dagegen weniger spektakuläre Auswirkungen. Die F.D.P. gewinnt von allen drei großen Parteien Wähler und kommt damit auf 13.9% der Stimmen (s. Tab. 5). Dies ist insofern wenig überraschend, als die Bekämpfung des Rechtsradikalismus von den Untersuchungsteilnehmern im Mittel am höchsten bewertet wurde.

Tabelle 5: Veränderungen von Konsequenzerwartungen für die F.D.P.: Auswirkungen auf das Wahlergebnis

^a Vorhersage mit den über Formel 5 geschätzten Verhaltensabsichten. ^b Die Itemkürzel SOZIAL und RECHTS sind in Tabelle 2 erklärt. ^c Konstanter Wert für alle Untersuchungsteilnehmer. ^d Die beiden davor genannten Manipulationen zusammen.

Partei	Rohdaten ^a	SOZIAL ^b (-3) ^c	RECHTS ^b (+3) ^c	Beides ^d
CDU	20.49	20.49	18.85	20.49
SPD	36.06	35.25	31.15	32.79
F.D.P.	5.74	6.56	13.93	10.66
GRÜ	31.15	31.15	29.51	29.51
PDS	4.92	4.92	4.92	4.92
REP	1.64	1.64	1.64	1.64
Wahlbeteiligung	96.83	96.83	96.83	96.83

Der Vollständigkeit halber wurde auch noch geprüft, wie es sich auswirken würde, wenn die F.D.P. beide Profile gleichzeitig realisieren würde. Hierzu wurden beide eben beschriebenen Manipulationen zugleich durchgeführt. Im Vergleich zu ihrem ursprünglichen Wahlergebnis gewinnt die F.D.P. auch hier erheblich Stimmen dazu (s. Tab. 5). Allerdings ist dieser Gewinn geringer, als er bei einer 'rein liberalen' Profilgebung ausfiel. Einige Wähler, die die F.D.P. wegen entschlossenen Eintretens gegen Rechtsradikalismus wählen würden, schrecken angesichts einer harschen Sozialpolitik wieder davor zurück.

Das zweite Beispiel wird aus der Perspektive der CDU konstruiert. In der untersuchten Stichprobe kommt sie auf weniger als ein Viertel der Stimmen, während SPD und B'90/Grüne zusammen über deutlich mehr als die absolute

Mehrheit verfügen. Geht man davon aus, daß die Politiker der CDU aus Überzeugung das Profil ihrer Partei nicht verändern wollen, können sie nur dadurch Stimmengewinne erzielen, indem sie, die Werte in der Wählerschaft verändern. Die Ursachenanalyse hatte gezeigt, daß sich die Bewertungen der SPD- und B'90/Grüne-Wähler vor allem bei zwei politischen Zielsetzungen von denen der CDU-Wähler in einheitlicher Weise unterscheiden, nämlich beim Ausstieg aus der Atomenergie und bei der Verschärfung der Abtreibungsbedingungen. Die größten Wahlerfolge für die CDU wären demzufolge zu erwarten, wenn es gelänge, die Wähler bezüglich dieser Themen für ihre Position zu gewinnen.

Um dies zu prüfen, wurden als erstes die Bewertungen für das Ziel, die Abtreibungsbedingungen zu verschärfen, bei allen Untersuchungsteilnehmern gleich +3 gesetzt; als zweites wurden alle Bewertungen für das Ziel, aus der Atomenergie auszusteigen, gleich -3 gesetzt; und als drittes wurden beide Manipulationen zugleich durchgeführt. In allen drei Fällen gewinnt die CDU Stimmen dazu, während das B'90/Grüne verliert (s. Tab. 6). Am stärksten ist dieser Effekt, wenn beide Bewertungen zugleich verändert werden.

Tabelle 6: Veränderungen von Konsequenzerwartungen für die CDU: Auswirkungen auf das Wahlergebnis

^a Vorhersage mit den über Formel 5 geschätzten Verhaltensabsichten. ^b Die Itemkürzel ABTREIB und ATOM sind in Tabelle 2 erklärt. ^c Konstanter Wert für alle Untersuchungsteilnehmer. ^d Die beiden davor genannten Manipulationen zusammen.

Partei	Rohdaten ^a	ABTREIB ^b (+3) ^c	ATOM ^b (-3) ^c	Beides ^d
CDU	20.49	25.62	24.58	29.66
SPD	36.06	37.19	44.91	38.14
F.D.P.	5.74	7.44	6.78	11.86
GRÜ	31.15	23.14	15.25	13.56
PDS	4.92	4.96	6.78	5.08
REP	1.64	1.65	1.69	1.69
Wahlbeteiligung	96.83	96.03	93.65	93.65

Interessant sind aber vor allem die übrigen Veränderungen des Wahlergebnisses, die durch diese Manipulationen verursacht werden. So profitiert die F.D.P. ganz deutlich von der Öffentlichkeitsarbeit der CDU. In dem Maße, wie der Wandel der Bewertungen der CDU Stimmen bringt, gewinnt auch die F.D.P.. Erstaunlicher Weise profitieren aber auch die SPD und sogar die PDS. Am deutlichsten ist dies der Fall, wenn nur die Bewertungen für den Ausstieg aus der Atomenergie verändert werden. SPD und PDS gewinnen dann nämlich

Stimmen von den Grünen. Das deutet daraufhin, daß in der untersuchten Stichprobe viele Wähler im linken Spektrum nur deshalb B'90/Grüne und nicht die SPD oder die PDS wählen, weil sich das B'90/Grüne so stark im Kampf gegen die Kernenergie profiliert. Sobald dieser Kampf negativ bewertet wird, entfällt der relative Vorteil der Grünen gegenüber der SPD oder der PDS, und die Wähler wandern in entsprechender Richtung ab. Interessant ist auch, daß die Wahlbeteiligung niedriger wird, wenn alle Personen den Ausstieg aus der Kernenergie extrem negativ bewerten. Dies deutet daraufhin, daß in der untersuchten Stichprobe einige Wähler nur deshalb zur Wahl gehen, um sich gegen die Kernenergie zu wehren.

V. Diskussion

Der vorgestellte Ansatz öffnet verschiedene Perspektiven für eine fruchtbare Weiterarbeit. So wäre es interessant, heterogenere Stichproben, die sogar repräsentativ für die Gesamtbevölkerung sind, zu untersuchen. Wenn man solch eine Untersuchung direkt vor einer Wahl durchführen würde, könnte man die Verhaltensvorhersage auch anhand der tatsächlichen Wahlergebnisse validieren. Damit der Ansatz optimal für die Wirksamkeitsabschätzung politischer Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden kann, sind einige theoretische Weiterentwicklungen angeraten. So wäre es sinnvoll den Ansatz durch Modellvorstellungen zu ergänzen, die erklären, wie Zielbewertungen und Kompetenzzuschreibungen verändert werden können. Hier käme eventuell das 'elaboration likelihood model' von Petty und Cacioppo (1986) in Frage. Weiter wäre es sinnvoll, Modellvorstellungen über die sozialen Bezugssysteme der Wähler zu Hilfe zu nehmen. Politische Öffentlichkeitsarbeit dürfte nämlich nicht nur die Befragten, sondern auch deren saliente Bezugspersonen erreichen. Das würde sich dann auch auf die Subjektiven Normen der Befragten auswirken. In der vorliegenden Form dürfte man mit dem hier vorgestellten Ansatz die Auswirkungen auf das Wahlergebnis also eher unter- als überschätzen.

Anmerkungen:

- * Wir bedanken uns bei Ute Schmid für einige wichtige Anregungen, bei Antje Jülicher für eine kritische Durchsicht des Manuskriptes und bei den Untersuchungsteilnehmern und -teilnehmerinnen für ihre Mitarbeit. - Abgesehen vom Erstautor werden alle anderen Autorinnen und Autoren entsprechend der alphabetischen Reihenfolge ihrer Namen aufgeführt.
- ** Um die Sprache möglichst einfach zu halten, wird in diesem und in ähnlichen Fällen immer die männliche Form gewählt. Gemeint sind damit aber natürlich gleichermaßen Männer und Frauen.

Literatur

- Ajzen, I. (1985). From Intentions to Actions: A Theory of Planned Behavior. In J. Kuhl & J. Beckmann (Hrsg.), *Action-control: From Cognition to Behavior* (S. 11-39). Heidelberg: Springer.
- Ajzen, I. & Fishbein, M. (1980). *Understanding Attitudes and Predicting Social Behavior*. Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall.
- Bürklin, W. (1988). *Wählerverhalten und Wertewandel*. Opladen: Leske & Budrich.
- Campbell, A., Gurin, G., & Miller, W. (1954). *The Voter Decides*. Evanston: Row, Peterson & Co.
- Converse, P.E. (1966). The Concept of a Normal Vote. In A. Campbell, P.E. Converse, W.E. Miller, & D.E. Stokes (Hrsg.), *Elections and the Political Order* (S. 9-39). New York: John Wiley and Sons
- Dohmen, P. (1985). Zur Bedeutung bilinearer Einstellungsmodelle. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 16, 240-252.
- Falter, J. (1977). Einmal mehr: Läßt sich das Konzept der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse übertragen? In M. Kaase (Hrsg.), *Wahlsoziologie heute* (S. 476-500) Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Fishbein, M. & Ajzen, I. (1975). *Belief, Attitude, Intention, and Behavior: An Introduction to Theory and Research*. Reading, Mass.: Addison - Wesley.
- Fishbein, M. & Ajzen, I. (1980). Predicting and Understanding Consumer Behavior: Attitude-behavior Correspondence. In Ajzen & Fishbein (Hrsg.), S. 148-172.
- Fishbein, M., Ajzen, I. & Hinkle, R. (1980). Predicting and Understanding Voting in American Elections: Effects of External Variables. In Ajzen & Fishbein (Hrsg.), S. 173-195.
- Jaccard, J. (1981). Attitudes and Behavior: Implications of Attitudes Towards Behavioral Alternatives. *Journal of Experimental Social Psychology*, 17, 286-307.
- Kaase, M. (1976). Party Identification and Voting Behavior in the West German Election of 1969. In I. Budge, I. Crewe & D. Farlie (Hrsg.), *Party Identification and Beyond* (S. 81-102). London / New York.
- Konerding, U. & Böhm, C. (1994). Verhaltensverfügbarkeit und Verhaltensbevorzugung: Ein formaler Rahmen zur Vorhersage qualitativer Verhaltensereignisse. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 25, 290-306.
- Küchler, M. (1990). Ökologie statt Ökonomie: Wählerpräferenzen im Wandel? In M. Kaase & H.D. Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987* (S. 419-444). Opladen: Westdeutscher Verlag
- Orth, B. (1985). Bedeutsamkeitsanalysen bilinearer Einstellungsmodelle. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 16, 101-115.
- Petty, R. E. & Cacioppo, J.T. (1986). The elaboration likelihood model of persuasion. In L. Berkowitz (Hrsg.), *Advances in Experimental Social Psychology* (Bd. 19, S. 123-205). New York: Academic Press, Inc.
- Sejwacz, D., Ajzen, I. & Fishbein, M. (1980). Predicting and Understanding Weight Loss: Intentions, Behaviors, and Outcomes. In Ajzen & Fishbein (Hrsg.), S. 101-112.
- Sperber, B.M., Fishbein, M. & Ajzen, I. (1980). Predicting and Understanding Women's Occupational Orientations: Factors Underlying Choice Intentions. In I. Ajzen & M. Fishbein (Hrsg.), *Understanding Attitudes and Predicting Social Behavior* (S. 113-129). Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
- Zohlhöfer, W. (1968). Parteiidentifizierung in der Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten. In E.K. Scheuch & R. Wildenmann (Hrsg.), *Zur Soziologie der Wahl*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 21 (S. 126-168).